

Gedanken zur Klimakrise

Zuerst, warum spreche ich von der Klimakrise? Nur von einem Klimawandel zu sprechen, was sachlich ja nicht falsch wäre, erscheint mir angesichts der immensen Kosten, die auf uns zukommen, zu schwach. Von der Klimakatastrophe möchte ich aber auch zumindest nicht pauschal sprechen, um das Wort Katastrophe nicht überzustrapazieren, auch wenn die Auswirkungen zumindest punktuell durchaus katastrophal sein können, z.B. für Inselgruppen wie die Malediven bei einem erheblichen Anstieg des Meeresspiegels.

Die Klimakrise ist real

Ich gehe davon aus, dass die Klimaveränderungen, die in den letzten Jahrzehnten beobachtet worden sind, insbesondere der Anstieg der Durchschnittstemperaturen und die Häufung von Temperaturrekorden, statistisch signifikant sind. Aufgrund der sehr kurzen Zeit, in der diese Klimaveränderungen stattgefunden haben, sehe ich auch keine andere Erklärung, als dass sie zumindest zum überwiegenden Teil menschengemacht sind.

Die totgeschwiegene Ursache

Allgemeiner Konsens ist, dass die Hauptursache für die Klimakrise der Treibhauseffekt ist, der auf dem Ausstoß von CO₂ und anderen „Klimagasen“ wie Methan in die Atmosphäre beruht und durch die Abholzung großer Waldflächen, die als CO₂-Speicher gedient haben, verstärkt wird. Auf diesem Zusammenhang beruhen auch die Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung. Ich zweifle diesen Zusammenhang nicht an, sehe aber die eigentlichen Ursachen auf einer ganz anderen Ebene.

1972 hat der Club of Rome den Bericht „Die Grenzen des Wachstums“¹ veröffentlicht. Dieser Bericht hat aufgezeigt, dass aufgrund beschränkter Ressourcen die auf Wachstum ausgerichtete Gesellschaft früher oder später scheitern muss und hat dem die Idee einer Welt im Gleichgewicht entgegengesetzt. Dabei darf Gleichgewicht nicht mit Stillstand verwechselt werden, sondern bedeutet das, was heute als Nachhaltigkeit bezeichnet wird. Auch wenn viele der konkreten Vorhersagen dieses Berichts so nicht eingetroffen sind, sind das Grundproblem und der Lösungsansatz evident.

Im Bericht des Club of Rome wird die **Geburtenrate** als eine der wichtigsten Stellgrößen betrachtet. Die Bevölkerungsexplosion macht eine Welt im Gleichgewicht unmöglich. Mehrere Versuche im Rahmen von [UNO-Weltbevölkerungskonferenzen](#) (1974 und 1984) effektive Maßnahmen gegen die Überbevölkerung durchzusetzen, sind am Widerstand der Entwicklungsländer gescheitert. Bei der dritten UNO-Weltbevölkerungskonferenz (1994) wurden diese Versuche dann endgültig aufgegeben und alle Zwangsmaßnahmen geächtet.

¹ D. Meadows et al., 1972, Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Deutsche Verlags-Anstalt

Nur China hat mit der „Ein-Kind-Politik“ dageengehalten, die Regeln aber ab 2004 sukzessive gelockert und die „Ein-Kind-Politik“ 2016 aufgegeben.

1974 betrug die Weltbevölkerung noch 4 Milliarden, 2023 werden es 8 Milliarden sein. Die verpasste Chance ist offensichtlich.²

Konkrete Beispiele

Die nachfolgende Tabelle zeigt anhand repräsentativer Beispiele die Korrelation zwischen Bevölkerungswachstum³ und Zunahme der CO₂-Emissionen. Angegeben ist jeweils die Veränderung von 1990 bis 2019.

Land	Bevölkerung	CO ₂ -Ausstoß	Land	Bevölkerung	CO ₂ -Ausstoß
Vietnam	+41,9 %	+1.286 %	Großbritannien	+16,8 %	-40 %
Bangladesch	+57,9 %	+633 %	Deutschland	+4,6 %	-34 %
China	+23,2 %	+358 %	Russland	-2,4 %	-30 %
Malaysia	+77,2 %	+302 %	Frankreich	+15,5 %	-22 %
Indien	+56,4 %	+288 %	USA	+31,5 %	-3 %
Indonesien	+49,2 %	+201 %	Japan	+2,3 %	-1 %

Das enorme Bevölkerungswachstum in den Ländern auf der linken Seite der Tabelle macht es unmöglich, dass diese Länder ihren CO₂-Ausstoß auch nur annähernd auf die Werte von 1990 reduzieren können, zumal die Bevölkerung auch nicht auf den Lebensstandard von 1990 zurückkehren, sondern ihn weiter verbessern will.

Nun könnte man argumentieren, dass die Länder auf der linken Seite der Tabelle Waren für die Länder auf der rechten Seite der Tabelle produzieren und ihr CO₂-Ausstoß deshalb so stark gestiegen ist. Das trifft zwar vordergründig zu einem gewissen Anteil zu, aber das enorme Wirtschaftswachstum in diesen Ländern, befeuert durch die schnell wachsende Zahl billiger Arbeitskräfte, hat die Produktion von Massenware zu Schleuderpreisen erst möglich gemacht. Und erst die Schleuderpreise, verbunden mit der schlechten Qualität der Produkte, haben zu der weit verbreiteten Wegwerfmentalität mit den damit verbundenen Umweltproblemen geführt.

Andererseits exportiert auch Deutschland mehr als es importiert, allerdings zu einem großen Teil hochwertige, langlebige Güter wie Kraftfahrzeuge und Maschinen.

² Dass die Überbevölkerung als Thema generell tabuisiert ist, ist Teil der *Political Correctness*, über die der renommierte Staatsrechtler Prof. Dr. jur. Walter Schmitt Glaeser in seinem Buch *Der freiheitliche Staat des Grundgesetzes* (Mohr Siebeck, Tübingen 2016) schreibt:

Political Correctness ist „Tugendterror“, ist eine Freiheit zersetzende Seuche, die sowohl die Meinungsfreiheit in all ihren Formen, als auch den offenen Prozess politischer Willensbildung in der Substanz trifft und tendenziell zerstört.

³ Quelle: Weltbank

Die Rolle Deutschlands

Betrachtet man die Geburtenrate als fundamentale Stellgröße, so hat Deutschland im gesamten Zeitraum seit 1973 mit Werten von meist deutlich unter 1,6 Geburten pro Frau³ einen **absolut vorbildlichen Beitrag** geleistet. Deshalb ist es auch irreführend und ungerecht, den sogenannten „CO₂-Fußabdruck“ pro Einwohner als Maß für die Klimabelastung heranzuziehen. Der Versuch einer fairen Bewertungsformel ist im [Anhang](#) zu finden.

Der Anteil Deutschlands am [weltweiten CO₂-Ausstoß](#) lag 2019 bei **1,8 %**. Selbst wenn Deutschland den CO₂-Ausstoß von einem Tag auf den andern auf Null reduzieren würde, hätte dies **keinen messbaren Effekt auf das Weltklima**.

Bleibe die Vorbildfunktion Deutschlands für andere Länder. Dass sich die größten CO₂-Emitenten China, USA, Indien und Russland bei ihrer Klimapolitik an Deutschland orientieren, ist aber nicht anzunehmen. Das Gleiche gilt für die Entwicklungs- und Schwellenländer. Auch viele europäische Länder verfolgen ihre eigenen Ziele, z.B. Frankreich mit der Fokussierung auf Atomenergie.

Kosten und Nutzen für Deutschland

Die deutsche Klimapolitik ist vollkommen auf den Klimaschutz und das Ziel fokussiert, die Erderwärmung auf 1,5 °C bis maximal 2 °C zu begrenzen. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Insgesamt sind im Bundeshaushalt über 40 Mrd. € pro Jahr für den Klimaschutz eingeplant.

Wie wir festgestellt haben, haben diese Ausgaben keinen messbaren Einfluss auf die Erderwärmung. Deutschland verlässt sich im Endeffekt auf „den Rest der Welt“. Angesichts des Verhaltens sowohl der großen CO₂-Emitenten als auch der Entwicklungs- und Schwellenländer erscheint dies äußerst naiv und blauäugig.

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die Erderwärmung auf mehr als 2 °C steigen wird. Dadurch werden immense Folgekosten auf Deutschland zukommen, sowohl für die Küstenregionen als auch für das ganze Land, unter anderem durch zunehmende Unwetterkatastrophen, die schon heute erhebliche Kosten verursachen.

Sowohl unter Aspekten der Kosteneffizienz als auch der Fürsorgepflicht des Staates für seine Bürger müsste schon jetzt ein erheblicher Anteil des Klimaetats für den Schutz **vor den Folgen** des Klimawandels eingesetzt werden, und dieser Anteil müsste kontinuierlich steigen.

Aber warum passiert das nicht? Warum ignoriert die Politik offensichtliche Tatsachen? Warum beehrt die Bevölkerung dagegen nicht auf?

„Gutmenschentum“ als Quelle des Übels

Die Beschlüsse der UNO-Weltbevölkerungskonferenzen, die effektive Maßnahmen gegen die Überbevölkerung verhindert haben, können als ein Ausdruck des „Gutmenschentums“ betrachtet werden. Aus heutiger Sicht wäre es notwendig gewesen, Geburtenkontrolle zu erzwingen, z.B. indem man sie zur Voraussetzung für Entwicklungshilfeleistungen gemacht hätte. Aber „Gutmenschen“ tun so etwas nicht.

Auch die heutige deutsche Klimapolitik ist ein Auswuchs des „Gutmenschentums“. Man tut das, was einen hohen moralischen Anspruch erfüllt, um sich selbst als moralisch überlegen darzustellen, statt das zu tun, was dem Problem bei einer rationalen Betrachtungsweise angemessen wäre.

Viele Deutsche fühlen sich anscheinend wegen der „Erbschuld“ aus der Nazizeit ganz besonders zum „Gutmenschentum“ verpflichtet und fügen so ihrem Land und damit sich selbst erheblichen Schaden zu – alles nur für ein gutes Gefühl.

Es ist aber ein grundsätzliches Problem in einer immer komplexer werdenden Welt, deren Zusammenhänge für immer mehr Menschen nicht nachvollziehbar sind, dass die Politik sich immer mehr an die Gefühle der Menschen richtet, weil damit mehr Menschen erreicht werden können als mit rationalen Argumenten.

Die meisten „Klimaschützer“ sind Idealisten, die Verzicht predigen. Sie begreifen nicht bzw. verdrängen, dass Klimaschutz sehr teuer ist und dass das Geld dafür erst einmal erwirtschaftet werden muss. Es ist deshalb kontraproduktiv, mit Klimaschutzmaßnahmen die Wirtschaft und den Konsum auszubremsen.

Beispiel: Ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen würde nur zu einer geringen Einsparung an CO₂ führen, wird aber trotzdem von allen „Klimaschützern“ gefordert. So ein Tempolimit würde aber einen Imageschaden für die deutsche Automobilindustrie bedeuten⁴ und damit geringere Verkaufszahlen und Gewinne. Dadurch würde aber Geld für technologische Weiterentwicklungen im Sinne des Klimaschutzes fehlen. Das Tempolimit würde also Wohlstand vernichten und den Klimaschutz im Endeffekt behindern.

Die Zukunft: Von der „Ökostrom-Lüge“ zur „Klimadiktatur“

Die (nicht nur) von den „Gutmenschen“ gewählte Regierung plant unter anderem Folgendes:

- Verbot des Einbaus von Ölheizungen (auch bei Ersatz defekter Ölheizungen) ab 2026
- Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung von mindestens 80 % bis 2030

⁴ Deutsche Autos gelten weltweit als besonders leistungsfähig und gleichzeitig besonders sicher und zuverlässig. Das liegt nicht zuletzt daran, dass auf einigen Abschnitten deutscher Autobahnen kein Tempolimit gilt und deutsche Autos deshalb auch bei sehr hohen Geschwindigkeiten alltagstauglich, d.h. gut beherrschbar und sicher sein müssen.

- Erhöhung des Anteils von Elektrofahrzeugen im Straßenverkehr auf 15 Mio. bis 2030
- Verbot der Neuzulassung von Pkw und Kleintransportern mit Verbrennungsmotor ab 2035

Szenario: Winter 203X, stabile Hochdrucklage, Dauerfrost, Windstille, ab 17.00 Uhr Dunkelheit, kein Windstrom, kein Solarstrom, aber maximaler Bedarf an Beleuchtung, Heizung (Wärmepumpen brauchen viel Strom) und die E-Autos sollen auch aufgeladen werden. – Woher soll der Strom jetzt kommen?!

- Egal, welchen Stromtarif man hat, auch „100 % Ökostrom“, es gibt nur ein Stromnetz, und der Strom kommt dann hauptsächlich aus den teils maroden Atomkraftwerken aus den Nachbarstaaten, die Rund um die Uhr konstant Strom produzieren.
- Das ist die „**Ökostrom-Lüge**“.

Aber wie sieht es mit der „Klimadiktatur“ aus? Die oben genannten Maßnahmen schränken die Freiheit der Menschen, z.B. mit Öl zu heizen oder einen Benziner zu fahren, drastisch ein. In einem demokratischen Rechtsstaat darf die Freiheit des Einzelnen nur eingeschränkt werden, um Schaden von Anderen oder der Gemeinschaft abzuwenden. Vordergründig ist das hier der Fall, aber es muss auch immer die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben.

Wenn man nun bedenkt, dass selbst diese drastischen Maßnahmen bezogen auf die globale Klimaerwärmung nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“ sind, bestehen erhebliche Zweifel an deren Verhältnismäßigkeit.

- Würde es durch den überwiegenden Einsatz erneuerbarer Energien häufiger zu Stromausfällen bzw. Stromabschaltungen kommen, wäre dies ein Indiz für die Unverhältnismäßigkeit der Maßnahmen.
- Auch das komplette Verbot der Neuzulassung von Pkw mit Verbrennungsmotor ab 2035 ist höchstwahrscheinlich unverhältnismäßig, da deren klimaneutraler Betrieb mit E-Fuels möglich wäre.
- Würde man z.B. auch gezwungen, funktionierende Ölheizungen zu ersetzen, wäre das ein unzulässiger Eingriff in das Eigentumsrecht jenseits der Verhältnismäßigkeit.
- Spätestens dann müsste man von einer „**Klimadiktatur**“ ausgehen.

Man sieht, der Schritt zur „Klimadiktatur“ ist nicht weit. Da es durchaus wahrscheinlich ist, dass die Klimaziele der Bundesregierung verfehlt werden, ist die Gefahr groß, dass es zu einer „Klimadiktatur“ kommt. Und es ist zu befürchten, dass die „Gutmenschen“ das auch noch unterstützen.

Anhang

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Versuch, die Geburtenrate und die CO₂-Emissionen in einer Formel zu verknüpfen, die einen Vergleich und eine Bewertung verschiedener Länder unabhängig von absoluten Zahlen erlaubt.

Grundlage hierfür ist die durchschnittliche Geburtenrate G_{30} der 30 Jahre von 1990 bis einschließlich 2019⁵ und der daraus abgeleitete Wert G_{30-1} , der genau dann 1 ist, wenn im Durchschnitt jede Frau zwei Kinder bekommen hat.⁶

Alle anderen Werte in der Tabelle beziehen sich auf das Jahr 2019. E [M] ist die Einwohnerzahl in Millionen⁵ und CO_2 [MT] die **CO₂-Emission in Millionen Tonnen**. Daraus ergibt sich die CO₂-Emission C_E [T] pro Einwohner in Tonnen.

Land	G_{30}	G_{30-1}	E [M]	CO_2 [MT]	C_E [T]	$C_E (G_{30-1})^2$
Malaysia	2,58	1,58	31,95	249	7,79	19,55
USA	1,97	0,97	328,3	5.107	15,56	14,54
Indien	2,96	1,96	1.366	2.597	1,90	7,29
Vietnam	2,30	1,30	96,46	305	3,16	5,31
Indonesien	2,49	1,49	270,6	626	2,31	5,11
Frankreich	1,93	0,93	67,25	315	4,68	4,03
Großbritannien	1,82	0,82	66,84	365	5,46	3,68
China	1,64	0,64	1.398	11.535	8,25	3,34
Bangladesch	3,00	2,00	163,0	110	0,67	2,70
Russland	1,46	0,46	144,4	1.792	12,41	2,59
Japan	1,39	0,39	126,3	1.154	9,14	1,40
Deutschland	1,37	0,37	83,09	702	8,45	1,13

Die letzte Spalte der Tabelle enthält die eigentliche Bewertungsgröße $C_E (G_{30-1})^2$, die das Quadrat von G_{30-1} enthält, um die Bedeutung der Geburtenrate zu berücksichtigen, die viele Jahrzehnte nachwirkt.

Bei dieser Auswertung schneiden Malaysia und die USA besonders schlecht ab, wenn auch aufgrund unterschiedlicher Faktoren, und Deutschland hat von den ausgewerteten Ländern das beste Ergebnis.

Dies zeigt einerseits, dass die in Deutschland verbreiteten Schuldgefühle (Stichwort: „Flugscham“) nicht gerechtfertigt sind, und andererseits, wie gering der Einfluss Deutschlands auf den Klimawandel ist.

⁵ Quellen: U.S. Bureau of the Census Data Base, Weltbank

⁶ Auch bei einem Wert kleiner 1 kann die Einwohnerzahl eines Landes zunehmen, sowohl durch Zuwanderung als auch durch Zunahme der durchschnittlichen Lebensdauer der Einwohner.

Anmerkung zur Rolle der Katholischen Kirche

In der obigen Auswertung, die die Geburtenraten berücksichtigt, fehlt ein Land, das erhebliche Mitschuld an der Klimakrise trägt: der **Vatikan**. Die Katholische Kirche hat mit ihrer Devise „Seid fruchtbar und mehret Euch“ und dem Verbot der Empfängnisverhütung⁷ viel Leid und Elend über die Menschheit gebracht und ist in ihrem Einflussbereich, insbesondere in Südamerika und Teilen Afrikas, für die Bevölkerungsexplosion maßgeblich mitverantwortlich und damit auch für die Klimakrise. Mit ihrer extrem rückständigen, irrationalen und dogmatischen Einstellung konterkariert die Katholische Kirche die Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung, die ohne eine effektive Geburtenkontrolle zum Scheitern verurteilt sind.

Andererseits liegen die in der Tabelle auf Seite 2 aufgeführten Problemländer alle in Asien, und für die Bevölkerungsexplosion dort kann man die Katholische Kirche nicht verantwortlich machen (Ausnahme: Philippinen). Eine Ursachenanalyse der Überbevölkerung in Asien würde allerdings den Rahmen dieses Dokuments sprengen.

Auf jeden Fall stellt die weit verbreitete Auffassung, dass durch zunehmenden Wohlstand die Geburtenraten von allein zurückgehen, ideologisches Wunschdenken dar, das die kausalen Zusammenhänge ins Gegenteil verkehrt. Vielmehr ist es so, dass die Transferleistungen in die Entwicklungsländer zu einem starken Wachstum der Bevölkerung führen, das Wohlstand verhindert. Erst durch sinkende Geburtenraten kann Wohlstand entstehen.⁸

⁷ Enzyklika *Humanae Vitae*, Papst Paul VI., 1968

⁸ Oded Galor, *The Journey of Humanity – Die Reise der Menschheit durch die Jahrtausende – Über die Entstehung von Wohlstand und Ungleichheit*, dtv, 2022